

# **Venezuela: Internationale Organisationen verurteilen das hohe Maß an Gewalt und Unterdrückung und fordern, dass die Behörden das Recht auf Protest und die volle Achtung der Rechte auf Leben, persönliche Integrität und Freiheit garantieren**

**01.08.2024**

Im Zusammenhang mit den Protesten nach den Wahlen in Venezuela und der dokumentierten unverhältnismäßigen Gewaltanwendung durch venezolanische Sicherheitskräfte fordern wir, die unterzeichnenden Organisationen, die Achtung und Gewährleistung des Rechts auf Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und friedlichen Protest. Wir fordern die Behörden auf, die Proteste nicht zu kriminalisieren und die internationalen Standards und Normen für die Anwendung von Gewalt in vollem Umfang einzuhalten.

Die Proteste in Venezuela finden vor dem aktuellen Hintergrund der Präsidentschaftswahlen vom vergangenen Sonntag, 28. Juli 2024, statt, deren Transparenz von der internationalen Gemeinschaft stark in Frage gestellt wurde. Das Carter Center, eine der beiden internationalen technischen Beobachtermissionen, die vom Nationalen Wahlrat Venezuelas selbst eingeladen und akkreditiert wurden, erklärte, dass "die Präsidentschaftswahlen 2024 in Venezuela nicht den internationalen Standards für die Durchführung von Wahlen entsprachen und nicht als demokratisch angesehen werden können".

Staatliche Behörden und staatliche Sicherheitskräfte müssen das Recht auf Protest respektieren, dessen Schutz ein wesentliches Element in Demokratien und ein historisches Instrument zur Einforderung von Rechten ist. Es ist auch eine Möglichkeit für die Bürger\*innen, sich an Angelegenheiten von öffentlichem Interesse zu beteiligen. Ebenso müssen die Behörden auf Äußerungen verzichten, die zu Gewalt gegen Menschen aufrufen, die ihr legitimes Recht auf Teilnahme an friedlichen Demonstrationen wahrnehmen, und sie müssen die Verunglimpfung von Organisationen der Zivilgesellschaft vermeiden.

Nach den Wahlen und bis zur Veröffentlichung dieser Erklärung haben nationale Organisationen mindestens 11 Todesfälle registriert und den Einsatz tödlicher Waffen durch mutmaßlich bewaffnete Zivilisten mit Verbindung zu den Sicherheitskräften und möglicherweise Vertretern staatlicher Gewalt festgestellt. Die unterzeichnenden Organisationen verurteilen den Einsatz dieser Waffen und erinnern daran, dass in keinem Fall tödliche Gewalt zur Kontrolle von Demonstrationen eingesetzt werden darf. Nach internationalen Richtlinien wäre der Entzug des Rechts auf Leben im Zusammenhang mit der Anwendung von Gewalt durch den Staat willkürlich und in einigen Fällen eine außergerichtliche Hinrichtung. Diese Sachverhalte müssen unverzüglich, unabhängig und unparteiisch sowie mit der gebotenen Sorgfalt untersucht werden.

So war die Zeit vor und nach den Wahlen in Venezuela von Unterdrückung und zahlreichen Menschenrechtsverletzungen geprägt, darunter einer Reihe von politisch motivierten Verhaftungen, möglicherweise rechtswidrigen Tötungen, Einschränkungen der Pressefreiheit und Internetsperren. Wir sind besonders besorgt über die Hunderte von willkürlichen Verhaftungen nach dem 28. Juli, die von nationalen Organisationen dokumentiert wurden. Diese erhalten weiterhin Informationen über neue Fälle und führen diese Dokumentationsarbeit in einem äußerst widrigen Umfeld durch.

Darüber hinaus sind wir besonders beunruhigt über die Kriminalisierung der Proteste und insbesondere über die Äußerungen des Generalstaatsanwalts Tarek William Saab, der die Presse darüber informierte, dass mehr als 749 Personen im Zusammenhang mit den Protesten verhaftet worden sind. Ihnen werden "gewalttätige Handlungen" vorgeworfen und sie werden wegen

Straftaten wie öffentlicher Aufwiegelung, Blockierung öffentlicher Straßen, Aufstachelung zum Hass, Widerstand gegen die Staatsgewalt und in den schwersten Fällen wegen Terrorismus angeklagt. Außerdem sollen sie zu Freiheitsstrafen verurteilt werden.

Wir erinnern daran, dass der venezolanische Staat nach Artikel 68 seiner Verfassung und dem Völkerrecht verpflichtet ist, die Rechte aller Demonstrant\*innen sowie von Beobachtenden, Schaulustigen und Journalist\*innen ohne Diskriminierung zu achten und zu schützen. Die Anwendung von Gewalt stellt einen Verstoß gegen diese Verpflichtung dar, wenn sie nicht internationalen Richtlinien entspricht, einschließlich der Grundsätze der Rechtmäßigkeit, Notwendigkeit, Verhältnismäßigkeit, Vorsorge, Nichtdiskriminierung und Verantwortlichkeit. Die venezolanischen Behörden sind verpflichtet, den Konflikt zu deeskalieren, gewaltfreie Mittel einzusetzen, die Gewaltanwendung abgestuft und differenziert zu gestalten und das Recht auf politische Teilnahme im Rahmen des Wahlprozesses zu respektieren.

In Anbetracht der dokumentierten Internetausfälle im Zusammenhang mit den Wahlen erinnern wir daran, dass der Internetzugang eng mit dem Recht auf Protest verbunden ist, da er es ermöglicht, Missstände anzuprangern, in Echtzeit zu kommunizieren und sich friedlich zu organisieren. Internetblockaden beeinträchtigen das Recht auf freie Meinungsäußerung und den Zugang zu Informationen, die für Demokratie und Vielfalt unerlässlich sind. Einschränkungen des Internetzugangs im Zusammenhang mit Protesten werden häufig als eine Form der Repression und Kontrolle eingesetzt, um die Fähigkeit der Bevölkerung einzuschränken, sich zu mobilisieren und ihre Rechte innerhalb und außerhalb des digitalen Raums frei auszuüben.

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass alle Menschen ihr Recht auf Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit frei ausüben können, ohne um ihre körperliche Unversehrtheit und ihr Leben fürchten zu müssen. Darüber hinaus müssen die venezolanischen Behörden sicherstellen, dass niemand wegen der friedlichen Ausübung seiner Rechte strafrechtlich verfolgt oder seiner Freiheit beraubt wird.

Schließlich rufen wir die internationale Gemeinschaft auf, die Achtung der bürgerlichen und politischen Rechte der Menschen in Venezuela zu fordern. Wir appellieren auch an die internationalen Justizbehörden, auf mögliche schwere Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit den seit dem 28. Juli stattfindenden Protesten zu achten und die Dokumentation solcher internationalen Verbrechen in die laufenden internationalen Rechtsverfahren wie die UN-Ermittlungsmission oder den Internationalen Strafgerichtshof aufzunehmen.

Unterzeichnende Organisationen:

- Amnesty International
- Center for Justice and International Law (CEJIL)
- CIVICUS
- International Commission of Jurists
- Freedom House
- Global Centre for the Responsibility to Protect
- International Institute on Race, Equality and Human Rights
- International Rehabilitation Council for Torture Victims (IRCT)
- Washington Office on Latin America (WOLA)
- World Organization Against Torture (OMCT)
- Robert F. Kennedy Human Rights

Übersetzt von der Chile-/Venezuela Koordinationsgruppe. Verbindlich ist das Original:

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2024/08/venezuela-organizaciones-internacionales-condenan-represion-masiva-exigen-autoridad-protejer-protesta/>

